

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 92 (2017)
Heft: 4

Artikel: Die Rüstungsindustrie fordert vom Bund gleich lange Spiesse
Autor: Forster, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731440>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rüstungsindustrie fordert vom Bund gleich lange Spiesse

Am 8. März 2017 fanden sich Parlamentarier, Vertreter der Wirtschaft und Verwaltung im gediegenen Empire-Saal des Restaurants zum Äusseren Stand in Bern zum Sessionsanlass des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ein. Im Hauptreferat legte Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch den Standpunkt des von ihr geführten SECO zur Rüstungsausfuhr dar. Claudio Meli (WZW Optik, Balgach), Urs Engeli (Mowag) und Stefan Meier-Deus (Rheinmetall) appellierten an den Bund, den Schweizer Rüstungsfirmen gleich lange Spiesse zu geben, so wie sie die europäische Konkurrenz hat.

Vom Sessionsanlass des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik berichtet Oberst Peter Forster

So gross war der Andrang zum Sessionsanlass, dass Ständerat Isidor Baumann unumwunden bekannte: «Ich besuche viele solche Veranstaltungen; aber so gut besucht wie heute war schon lange keine mehr.»

Durch den Anlass führte der Bieler Unternehmer Markus Niederhauser, Präsident Groupe Romande Pour le Matériel de Défense et de Sécurité (GRPM). In sympathischen Worten stellte er die Rednerin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch vor.

Die Staatssekretärin verwahrte sich gegen die falsche Behauptung, das SECO verfälsche die Ausfuhrstatistik durch die

Aufteilung von militärischen Gütern in Kriegsmaterial und besondere militärische Güter: Diese Behauptung sei haltlos. Die besagte Trennlinie sei gesetzlich klar festgelegt. Der Bundesrat spezifiziere das Kriegsmaterial durch die beiden vom Parlament geschaffenen Kategorien.

Dreifache Grundlagen

In ihrem Referat legte Staatssekretärin Ineichen-Fleisch die dreifachen Grundlagen zur Rüstungskontrolle dar.

- In der Aussenpolitik: Unabhängigkeit, Wohlfahrt, Linderung von Not in der

Welt, Menschenrechte, Demokratie, friedliches Zusammenleben, natürliche Lebensgrundlagen.

- Wirtschaftspolitik: Wohlfahrt, wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerung, günstige Rahmenbedingungen.
- Sicherheitspolitik: Unabhängigkeit, Sicherheit, Schutz der Bevölkerung, Armee, Industrie- und Technologiebasis.

Industrielle Kapazität

Art. 1 des Kriegsmaterialgesetzes lautet: «Das Gesetz bezweckt die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen sowie ihre aussenpolitischen Grundsätze zu wahren; dabei soll in der Schweiz eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrechterhalten werden können.»

Zum sicherheitspolitischen Wandel erinnerte die Rednerin an Veränderungen:

- Annexion der Krim durch Russland.
- Bedrohung durch Terrorattacken.
- Kooperation USA-NATO-EU wird auf die Probe gestellt.
- Lage Türkei, Jemen, Syrien, Irak.

Der starke Franken

Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise habe in der Schweiz Spuren hinterlassen. Der starke Franken stelle insbesondere die Maschinen-, Elektrotechnik- und Metall-



Urs Engeli, in Vertretung des Mowag-CEO Oliver Dürr: Gleich lange Spiesse!



Markus Niederhauser, Präsident GRPM, führte gewandt durch den Anlass.



Stefan Meier-Deus, CEO Rheinmetall Air Defence: Unternehmer hat das Wort.

industrie vor grosse Herausforderungen. Die Rüstungsexporte seien rückläufig. Dies führe in der Branche zum Ruf nach strukturellen Massnahmen für zeit- und lagegemässe Ausführbedingungen.

Brief von Regierungsräten

Rechtliche Rahmenbedingungen für den Rüstungsexport müssten unterschiedlichen Interessen Rechnung tragen. Der Bundesrat habe in der Form von Ausschlusskriterien die roten Linien festgelegt, wann eine Ausfuhr zwingend zu unterbinden sei.

Die Politik habe zu beurteilen, ob Rahmenbedingungen und Realität noch im Einklang stünden. Klafften Realität und Rahmenbedingungen (zu stark) auseinander, habe die Politik vorzugeben, welche Interessen *de lege ferenda* (nach künftigem Recht) in welchem Umfang zu gewichten seien.

Die Regierungsräte verschiedener Kantone hätten in einem Brief an Bundesrat Schneider-Ammann ihre Besorgnis über ihren jeweiligen Wirtschaftsstandort mit Blick auf die Rüstungsindustrie zum Ausdruck gebracht. Auch sie verlangten gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz.

Das SECO kennt die Lage

Staatssekretärin Ineichen-Fleisch führte aus, das SECO nehme diese Anliegen sehr ernst und stehe bereit, sein Fachwissen als Kompetenzzentrum für Wirtschaftsfragen und insbesondere als Bewilligungsbehörde einzubringen.

Zum Schluss versicherte die Rednerin den Firmenvertretern, dass das SECO die spezifischen Herausforderungen ihres Wirtschaftszweiges kenne. Gerade deswegen sei sich sicher, dass die bestehenden

Herausforderungen in enger Zusammenarbeit mit der Politik, die den Handlungsspielraum des SECO vorgebe, gemeistert werden könnten.

Der Appell eines CEO

Klartext redete Claudio Meli, der CEO von WZW Optik im St. Galler Rheintal. WZW stellt seit 50 Jahren auf höchstem Niveau Präzisionsoptik her. Meli schilderte das Problem, das seine Firma mit dem Export ihrer hochpräzisen Glasprodukte hat.

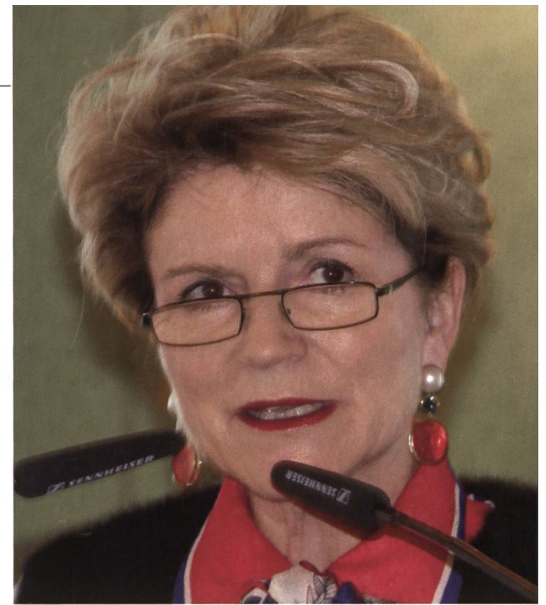
Dabei geht es um die sechs Hermes-Drohnen, die die Schweiz bei der Firma Elbit in Israel bestellte. WZW soll extrem genaue Glaskomponenten liefern, die Elbit in die Schweizer Drohnen einbauen will.

Für Meli geht das bürokratische Hin und Her viel zu lange. Elbit brauche die Produkte jetzt, aber WZW könne wegen dem Bund nicht liefern. So gefährde die Bürokratie ein Projekt, das direkt der Schweiz zugute komme. Bei WZW überlege man sich, die Firma ins nahe Ausland zu verlegen. Das Seilziehen mit den Behörden gefährde auch Arbeitsplätze!

Claudio Meli dankte dem SECO für dessen Hilfe in Sachen Russland. Man habe da zuerst eine Verschärfung gespürt. Doch habe das SECO geholfen. Es war ein aufrüttelnder Appell, den der WZW-CEO an die Bundesinstanzen richtete.

Unternehmer haben das Wort

Gleiches gilt für die geschliffenen Vorträge, die Engeli und Meier-Deus hielten. Engeli ist bei Mowag für die Schweiz und europäische Staaten zuständig und vertrat Oliver Dürr, den CEO. Meier-Deus ist CEO von Rheinmetall Air Defence.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch:
Die Politik steckt den Rahmen ab.

In den überzeugenden Referaten der beiden Unternehmer kam zum Ausdruck, dass die Schweizer Industrie gewillt ist, ihren gesetzlich festgelegten Beitrag zur Landesverteidigung zu leisten. Weil die Schweizer Armee aber kleiner werde, seien die Firmen auf die Ausfuhr angewiesen.

Unbefriedigende Situation

Und genau da bestehe eine unbefriedigende Lage, die die ganze Industrie und deren gesetzlichen Auftrag in Frage stelle: Im Vergleich mit der EU-Konkurrenz besitze die Schweizer Industrie nicht über gleich lange Spiesse in der Handhabung des Ausschlussgrundes «interner Konflikt».

Meier-Deus und Engeli brachten stossende Beispiele, wo die Schweizer Praxis Schweizer Firmen gegenüber der europäischen Konkurrenz benachteiligt. Beide Redner forderten deutsch und deutlich, dass die schwerwiegenden Nachteile aufgehoben werden, damit die hervorragenden Rüstungsfirmen der Schweiz ihre gesetzliche Rolle wahrnehmen können. ☒



Ständerat Isidor Baumann: Aufgepasst auf Petitionen des Jugendparlaments.

13 × Nationalrat

Aus dem Parlament nahmen Ständerat Baumann und 13 Mitglieder des Nationalrates teil: Addor, Burkart, Clottu, Eichenberger, Geissbühler, Hiltbold, Ingold, Keller-Inhelder, Lohr, Salzmann, Steinemann, Walliser und Zuberbühler.

Aus der Verwaltung war der Rüstungschef Martin Sonderegger anwesend, wie auch sein Vor-Vorgänger Jakob Baumann. Die Wehrverbände vertrat Oberst i GSt Stefan Holenstein, SOG-Präsident.

Baumanns Schlusswort

Das Schlusswort hielt der Urner Ständerat Isidor Baumann, in der Ständekammer Präsident der SiK und eine tragende Säule der Landesverteidigung.

Wie er den Chefs der Rüstungsfirmen versicherte, nehmen die Pro-Armee-Kräfte im Parlament die Anliegen der Wehrtechnik sehr ernst. Und er bat die Anwesenden, in der Diskussion um die Gegengeschäfte den Parlamentariern aufzuzeigen, was ein Weglassen dieser Geschäfte bedeuten würde.